



*DER TRANSPORT des Atommülls aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe dauert – das Endlager steht noch nicht zur Verfügung. Archivfoto: BNN*

## Der dritte Weg

Zur Debatte um den Abbruch von Atomanlagen:

Die Ärzteorganisation IPPNW fordert Bundesumweltministerin Hendricks auf, die Option eines unbefristeten und auf Dauer angelegten Einschlusses der Atomkraftwerke zu prüfen. Beim Abriss stillgelegter Atomkraftwerke fallen neben stark strahlenden Materialien auch große Mengen Baumaterialien wie Stahl und Beton an, die geringfügig radioaktiv kontaminiert sind. Werden Grenzwerte unterschritten, sollen diese Materialien auf Hausmülldeponien gelagert oder in den normalen Wirtschaftskreislauf eingespeist werden. Doch selbst eine geringfügige zusätzliche Strahlenbelastung bedeutet ein gesundheitliches Risiko. Die Freigabe radioaktiven Materials ist daher aus gesundheitlichen Gründen nicht akzeptabel.

Laut Atomgesetz wird es den Atomkraftwerksbetreibern freigestellt, ob sie ihre Atomkraftwerke sofort abreißen oder für einige Jahrzehnte „einschließen“ wollen. Der „sofortige“ Abriss soll zwei bis drei Jahrzehnte dauern. Voraussetzung ist, dass „Endlagerkapazitäten“ für schwach- und

mittelaktiven radioaktiven Müll vorhanden sind. Das dafür vorgesehene „Endlager“ „Schacht Konrad“ ist jedoch auf absehbare Zeit nicht betriebsbereit.

Beim Konzept des „sicheren Einschlusses“ mit anschließendem Rückbau würde hingegen nach Entfernung der Brennelemente der gesamte radioaktive Kontrollbereich des Atomkraftwerks für etwa 30 Jahre eingeschlossen, damit Teile der verbliebenen Radioaktivität abklingen können. Der Abriss soll bei diesem Konzept dann im Anschluss erfolgen. Die Industrie entschied sich bisher durchgehend für den sofortigen Rückbau der Atomkraftwerke.

Die dritte Alternative – die eines unbefristeten und dauerhaften Einschlusses der Atomkraftwerke vor Ort, also ohne anschließenden Abriss – wurde bisher nicht geprüft. Sofern es die Standortbedingungen am Atomkraftwerk zulassen, wäre diese Variante jedoch einem Rückbau vorzuziehen. Das Atomgesetz sollte um diese Stilllegungs-Alternative ergänzt werden.

Wolfgang Oberacker  
Linkenheim-Hochstetten